

1) TOP Einwohnerfragen

Einwohnerfragen werden keine gestellt.

2) TOP 5-034/21 Errichtung und Betrieb eines Friedwaldes in Donaueschingen Vorbereitung

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 5-034/21 ein.

Herr Borchers, Forstbetrieb Fürst zu Fürstenberg GmbH CoKG und Herr Martini, Friedwald GmbH zeigen eine gemeinsame Präsentation über das Friedwaldprojekt in Donaueschingen. Diese ist der Präsentation beigelegt.

Stadtrat Lienhard: Bei der prognostizierten Anzahl von Friedwald-Bestattungen könnten durch das neue Bestattungsangebot Kostendeckungslücken entstehen. Das solle vermieden werden. Er bittet um Auskunft, was im Falle einer Insolvenz der Friedwald GmbH mit dem Friedwald geschehe. Für die Angehörigen eines dort Bestatteten sei es undenkbar, dass der Friedwald wieder als Wald genutzt werde.

Fraktionsprecher Rainer Hall fragt nach, wie die Bestattung im Winter erfolge und wie die Wege zu den Friedwaldgräbern geräumt seien.

Stadtrat Kaiser: Der Wald sei ein Naherholungsgebiet und werde intensiv für die Freizeitgestaltung genutzt. Das werde in der bisherigen Form nicht mehr möglich sein. Die Grünen-Fraktion lehne das Friedwaldprojekt daher mehrheitlich ab.

Stadtrat Wild: Die Stadt biete bereits vergleichbare Bestattungsformen an. Die Nachfrage nach kommunalen Urnenbestattungen würde bei einem Friedwaldangebot voraussichtlich um ungefähr fünf Prozent sinken. Die Kommune habe eine Kostendeckungsabsicht von 100 Prozent, die Friedwald GmbH hingegen arbeite mit Gewinnabsicht. Insgesamt sehe die GUB-Fraktion das Angebot eines Friedwalds daher kritisch.

Stadtrat Vetter: Die SPD-Fraktion stimme dem Vorschlag grundsätzlich zu. Er bittet jedoch um konkrete Zahlen hinsichtlich der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen. Die Stadt könne sich auch selbst ein Gebiet aussuchen und einen Friedwald in eigener Regie betreiben.

Stadtrat Roland Erndle: Er verstehe das Konkurrenzdenken nicht. Bestattungsinstitute hätten gute Zukunftsaussichten. Die FDP-/FW-Fraktion stimme dem Antrag zu. Er fragt nach, wer für die Umgestaltung der Wege zuständig sei, welche Folgekosten auf die Stadt zukämen und ob die lange Vertragsdauer von 99 Jahren reduziert werden könne.

Bürgermeister Graf: Hinsichtlich der Vergütung wäre die FriedWald GmbH bereit, der Stadt für deren Aufwendungen einen Anteil von 3 % aus den Nettoumsätzen durch den Verkauf von Rechten am Friedwald abzutreten. Ob diese Umsatzbeteiligung auch die Einnahmerückgänge bei den jetzigen Bestattungsangeboten kompensieren würde, kann noch nicht belegt werden. Wie hoch die finanziellen Einbußen sein werden, lasse sich daher schwer einschätzen.

Im Übrigen nähmen Donaueschinger Bürger bereits Urnenbestattungen in benachbarten Friedwäldern vor.

Herr Borchers: Bei starken Schneefällen könne mit der Urnenbestattung witterungsbedingt zwischen sechs und acht Wochen gewartet werden. Das sei machbar. Die Umgestaltung der Wege, die Wegepflege und der Winterdienst würden vom Forstbetrieb Fürst zu Fürstenberg GmbH übernommen. Der Erholungswert bleibe auch in einem Friedwald erhalten. Bestattungswälder seien Erholungswälder. Im Falle einer Insolvenz bleibe der Friedwald als Bestattungswald bestehen. Aber das Fürstenhaus existiere seit ungefähr 1000 Jahren, so dass eine Insolvenz wohl kaum eintreten werde.

Die Widmung als Bestattungswald müsse im Interesse der Kunden über drei Generationen fortbestehen. Werde ein Familienbaum gekauft, sei dort auch eine Bestattung auch der Kinder und Kindeskinde vorgesehen. Wenn die Friedwald GmbH Geschäftspartner sein solle, werde daher eine lange Vertragsdauer angestrebt.

(Auf Nachfrage von Stadtrat Kaiser): Der Andachtsplatz sei in der Nähe des Parkplatzes am Anfang des Waldes geplant. Er eigne sich durch die leichte Erhöhung gut dafür.

Herr Martini: Auf die Stadt kämen keine externen Kosten wie Gutachterkosten zu. Wegen des Generationenmodells, das bei Bestattungen zwei bis drei Generationen berücksichtige seien 99 Jahre Nutzungsdauer erforderlich. Es sei denkbar, dass der Forstbetrieb Fürstenberg und die Stadt Donaueschingen vereinbaren, die Fläche 99 Jahre lang ausschließlich als Friedhofsfläche zu nutzen und dabei mit der Friedwald GmbH lediglich 20 Jahre Vertragsdauer anstreben. Danach könnte die Stadt frei entscheiden, welches Modell am besten passe. Die Stadt könne den Friedwald allein betreiben oder die Aufgaben aufteilen. Fläche, die noch nicht verfügt sei, könne sie zurückerhalten. Die Friedwald GmbH erhalte eine Umsatzbeteiligung in Höhe von drei Prozent.

Stadtrat Rösch fragt nach dem Ausfallrisiko der Friedwald GmbH.

Herr Borchert nennt das Beispiel einer Kommune, die einen Bestattungswald ohne die Friedwald GmbH anbiete. Der Forstbetrieb Fürstenberg GmbH betreue diesen alleine. Für einen Friedwald seien keine drei Vertragspartner erforderlich. Bei einem Ausfall der Friedwald GmbH könne die der Forstbetrieb die Aufgaben übernehmen.

Stadtrat Durler fragt nach wie hoch die Anzahl der belegten Bäume im Ruhewald sei.

Herr Borchert: Das komme darauf an. Jeder Wald sei unterschiedlich. Die Bäume würden von einem Friedwaldmitarbeiter gemeinsam mit dem Friedwaldförster taxiert, das bedeute preislich fixiert. Pro Hektar stehen ungefähr 80 Bäume mit unterschiedlich vielen Grabstellen zur Verfügung.

Beschluss:

1. Der aktuelle Sachstand wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zur Vorbereitung einer Entscheidung im Gemeinderat über die Varianten a-d) die notwendigen Grundlagen und Zahlen, insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen für die Bestattungsgebühren für die Stadt Donaueschingen unter Beachtung der heutigen Diskussionsbeiträge, zu erheben.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

3) TOP 9-019/21 Brücken und Ingenieurbauwerke der Stadt Donaueschingen - Sachstandsbericht (Haushalt 2022)

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 9-019/21 ein.

Herr Koch, Breinlinger Ingenieure Hochbau GmbH, führt die Präsentation „Sachstandsbericht 2021 Brücken und Ingenieurbauwerke“ (s. Anlage der Sitzungsvorlage) vor.

Stadtrat Wild: Die Brücke an der „Stillen Musel“ beim Weierhof des Fürstenhauses Fürstenberg könne abgerissen werden. Sie habe für die Öffentlichkeit praktisch keine Relevanz. Für die Überquerung reiche eine Furt aus.

Herr Koch, Breinlinger Ingenieure Hochbau GmbH: Das sei eine politische Entscheidung. Die Brücke werde hauptsächlich von dem Pächter der umliegenden landwirtschaftlichen Flächen genutzt. Der Abriss der Brücke könne geprüft werden.

(Auf Nachfrage von Stadtrat Widmann): Die Brücken-Hauptprüfungen würden alle sechs Jahre vorgenommen. Die Wirtschaftswegbrücke „Herrengartenbrücke“ hinter dem Bahnhof Neudingen stehe daher für das Jahr 2022 zur Hauptprüfung an (Anlage, Seite 12 bzw. Seite 44 Druckauftrag).

Stadtrat Kaiser bittet darum, zu prüfen, ob für die Sanierung der Stützmauer Breg am Rathaus Wolterdingen eine Kostenbeteiligung der Gewässerdirektion möglich sei.

Herr Koch, Breinlinger Ingenieure Hochbau GmbH: Es komme darauf an, auf welchem Grundstück der Gewässergrund liege. Wenn das Grundstück Eigentum der Stadt Donaueschingen sei, komme eine Kostenbeteiligung kaum in Betracht. Die Überprüfung erfolge nach einem Bestandsplan mit Grenzdarstellung. Es könne aber auch eine neue Vermessung vorgenommen werden.

Beschluss:

1. Der Bericht über den Zustand der Brücken / Ingenieurbauwerke wird zur Kenntnis genommen.
2. Über die Durchführung der Maßnahmen entscheidet der Gemeinderat im Rahmen der Haushaltsberatungen.

(einstimmig, ohne Widerspruch)

4) TOP 4-033/21 Energiebericht 2020

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-033/21 ein.

Herr Dr. Bronner, Leiter Umweltbüro Gemeindeverwaltungsverband (GVV) Donaueschingen, stellt den Energiebericht 2020 vor. Durch den Ausbau regenerativer Energien seien Fortschritte erzielt worden. Der Stromverbrauch sei infolge der Umstellung auf die LED-Straßenbeleuchtung zurückgegangen, auch wenn der Energieverbrauch insgesamt gestiegen sei.

Stadtrat Wild: Das Energiemanagement der Stadt sei eine Erfolgsgeschichte. Damit seien Kosten reduziert worden.

Herr Dr. Bronner, Leiter Umweltbüro GVV, (auf Nachfrage von Stadtrat Wild): Der hohe Wasserverbrauch des Kindergarten Wunderfitz sei auf den hohen Anteil an der Kleinkindbetreuung im Kindergarten Wunderfitz zurückzuführen.

Fraktionssprecher Vetter dankt für den Energiebericht. Er fragt nach, wann es aufgrund des novellierten Klimaschutzgesetzes des Landes Baden-Württemberg in Donaueschingen bei Neubauten zur Pflicht werde, Photovoltaik-Anlagen zu installieren.

Herr Dr. Bronner, geht davon aus, dass die Solarpflicht für private Neubauten ab 1. Mai 2022 in Donaueschingen umgesetzt werde, sobald bestehende Verträge auslaufen werden.

Beschluss:

Der Energiebericht 2020 wird zur Kenntnis genommen.

5) TOP 4-034/21 Feuerwehrgerätehaus Pfohren / Neubau - Vorstellung Konzept

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-034/21 ein.

Herr Hauptvogel, Planungsgruppe Hauptvogel-Schütt, zeigt eine Präsentation über den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Pfohren. Diese liegt der Niederschrift bei.

Stadtbaumeister Unkel weist darauf hin, dass auf die Ortsteilwehr Pfohren als künftiger Technikstützpunkt für die Gesamtwehr Donaueschingen erhebliche Anforderungen hinzukämen,

die bislang die Kernstadtwehr übernommen habe. Größe und Ausstattung des neuen Feuerwehrgerätehauses seien entsprechend angepasst worden. Die Außenanlage werde beispielsweise als zentraler Übungsstützpunkt aller acht Abteilungen dienen. Daher seien die Kosten für den Neubau erheblich angestiegen. Das vorgestellte Projekt sei dabei das Ergebnis eines optimierten Planungsprozesses.

Stadtrat Lienhard: Der Erhalt der Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr Donaueschingen stehe im Vordergrund. Die ermittelte Gesamtsumme sei jedoch höher ausgefallen, als angenommen. Hinzu komme der Kostenanteil für den Grunderwerb, der noch nicht berechnet worden sei. Der Standort solle nochmal überprüft werden.

Stadtrat Durler fragt nach, ob das Feuerwehrgerätehaus aufgrund des Kostenanstiegs auch kleiner geplant werden könne und ob es Einsparmöglichkeiten gebe. Die Aufgabenübernahme der Abteilung Pfohren von der Kernstadtwehr sei nicht bekannt gewesen.

Oberbürgermeister Pauly: Die entscheidende Frage sei, ob für die Pfohrer Wehr ein Neubau erstellt oder ob der Bestandsbau saniert werde. Anlässlich der erforderlichen Unterbringung des neuen Fahrzeugs der Feuerwehr Pfohren sei im vergangenen Jahr der Bedarf eines neuen Gebäudes festgestellt worden. Durch den geplanten Neubau gebe es nun zusätzliche Übungsmöglichkeiten, die nicht nur der Pfohrer Feuerwehr zur Verfügung gestellt werden sollen. Wichtig sei, nicht an falscher Stelle zu sparen.

Stadtrat Kaiser: Der Neubau werde grundsätzlich befürwortet. Er fragt nach, ob es notwendig sei, dass die Feuerwehr Pfohren Aufgaben der Kernstadtwehr übernehme. Es solle kritisch überprüft werden, ob alles benötigt werde und ob die Form und Größe erforderlich sei. Er schlägt beispielsweise vor, das Büro als Funkraum zu nutzen.

Stadtrat Wild: Die Frage, ob das alte Feuerwehrgerätehaus saniert werden solle, sei bereits geprüft worden. Nur ein Neubau sei zielführend. Das Konzept sei schlüssig. Die Aufgabenübernahme von der Kernstadtwehr durch die Stützpunktwehr Ost verursache dabei höhere Kosten.

Herr Hauptvogel (auf Nachfrage von Stadtrat Durler): Ob die Fassade mit Holz verkleidet werde, stehe noch nicht fest. Die Wirtschaftlichkeit stehe im Vordergrund. Auch die übrigen Positionen seien erneut auf ihre Notwendigkeit geprüft worden. Eine neue Ausstattung werde nur beschafft, wenn diese noch nicht vorhanden ist. Die Quadratmeterzahl sei auf ein Minimum gekürzt worden. Auch die Höhe der Fahrzeughalle sei um 50 cm nach unten korrigiert worden.

Fraktionssprecher Vetter: Der Neubau sei notwendig. Das Grundstück auf dem gebaut werde, gehöre der Stadt und sei 40 Jahre nicht benötigt worden. Der Standort sei richtig.

Stadtrat Durler fragt nach, ob der Übungsturm eventuell später gebaut werden könne und ob das Material aus Holz oder Stahl sei.

Gesamtkommandant Wimmer begründet in einer Stellungnahme den Bedarf des vorgestellten Projekts für die Pfohrener Wehr, die immer stärker gefordert werde. Der Freiwilligen Feuerwehr würden Führungskräfte fehlen. Der Bestandsbau entspreche nicht mehr den vorgegebenen Standards. Feuerwehrleute müssen ihre Einsatzkleidung noch privat reinigen. Die Räumlichkeiten seien nun auf der Grundlage von DIN-Normen geplant worden. Die Geräte wären künftig auch nachts einsatzbereit. Ein Übungsturm sei für den Erwerb von Abzeichen und spezielle Übungen erforderlich. Die Bürger seien oft nicht bereit, Übungsfläche zur Verfügung zu stellen, da durch die Übungen teilweise auch Glasfassaden oder die Isolation beschädigt würden.

Ein zweckmäßig geplanter Funkraum sei beispielsweise für Notrufe sinnvoll und solle nicht in einen Büroraum verlegt werden. Bedauerlicherweise seien die Preise um über 30 Prozent gestiegen, so dass die Kosten unerwartet hoch ausgefallen seien. Im Laufe des Planungsprozesses sei die Größe des Neubaus daher dreimal reduziert worden.

Stadtrat Lienhard: Grundsätzlich stimme die CDU-Fraktion einem Neubau des Feuerwehrgerätehauses zu.

Die CDU-Fraktion stelle jedoch den Antrag, die Planung hinsichtlich der Kosten zu überprüfen, um die Finanzierbarkeit zu verbessern. Es könne beispielsweise geprüft werden, ob eine modulare Bauweise möglich sei. Die Realisierung eines Neubaus sei andernfalls gefährdet.

Amtsleiter Unkel: Beim nächsten Sachstandsbericht würden verschiedene Bauweisen dargestellt. Im Planungsverlauf werden alternative Bauweisen geprüft.

Fraktionssprecher Hall: Die FDP-/FW-Fraktion schließe sich dem CDU-Antrag an, da sich die Gesamtkosten verdoppelt hätten. Dem Neubauprojekt werde jedoch grundsätzlich zugestimmt.

Herr Hauptvogel: Die bisherige Kostenangabe basiere lediglich auf einer Kostenannahme. Anhand der Planungen seien nun die Kosten erstmalig ermittelt worden.

Oberbürgermeister Pauly: Das Feuerwehrgerätehaus sei nicht als reiner Ersatzbau für die Ortsteilfeuerwehr Pfohren geplant. Mit dem Neubau biete sich die Chance, für die Gesamtwehr Donaueschingen Übungsmöglichkeiten zu integrieren. Ob sich eine Modularbauweise kostensenkend auswirke, werde geprüft.

Beschlussvorschlag Nr. 1 wird entsprechend angepasst.

Beschluss:

1. a) Der Realisierung des Neubaus „Feuerwehrgerätehaus Pfohren“ im Gewerbegebiet Oberes Öschle wird zugestimmt.

b) Der vorgestellten Planung wird grundsätzlich zugestimmt. Alternative Bauweisen und weitere Kosteneinsparmöglichkeiten sollen geprüft werden.

2. Dem Bau eines separaten Übungsturms auf dem Grundstück des neuen Feuerwehrgerätehauses wird zugestimmt.
3. Die bisher im Finanzhaushalt aufgeführten Ansätze werden auf Grundlage der ermittelten Gesamtkosten (inklusive Übungsturm) mit insgesamt 3.500.000,-- € für die Jahre 2022 und 2023 angepasst bzw. neu eingestellt.
4. Die zu erwartenden Fördermittel werden als Einnahme in den Haushalt 2023 eingestellt.
5. Der Gemeinderat entscheidet im Rahmen der Haushaltsberatungen über die Umsetzung der Maßnahme.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

6) TOP 4-031/21 Bebauungsplan Gerenweg / Grünigen - Aufstellungsbeschluss, Billigung Planentwurf, Beschluss frühzeitige Beteiligung Öffentlichkeit und Behörden

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-031/21 ein.

Frau Deierling, Planungsbüro Helmut Hornstein, stellt dem Gremium eine Präsentation zum Bebauungsplan Gerenweg, Ortsteil Grünigen, vor. Diese ist der Niederschrift beigelegt.

(Auf Nachfrage von Stadtrat Kaiser): Da ein Teil der Fläche vom Geltungsbereich der Abrundungssatzung betroffen sei, müsse zur Umsetzung des Vorhabens vorab Planungsrecht geschaffen werden.

Bürgermeister Graf: Der Bauträger werde für die geplante Bebauung auf eigene Kosten Verkehrsflächen herstellen und diese nach der Herstellung unentgeltlich an die Stadt übereignen.

Herr Kuckes, Stadtbaumeister, schlägt vor, den Beschlussvorschlag diesbezüglich anzupassen.

Oberbürgermeister Pauly ergänzt den Beschlussvorschlag (siehe Nr. 2) entsprechend.

Auf Nachfrage ergeht hierzu kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss:

1. Der Aufstellung des Bebauungsplanes „Gerenweg“ gemäß § 2 i.V.m. § 13 b Baugesetzbuch wird zugestimmt.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes wird gebilligt mit der Klarstellung, dass die Verkehrsflächen nach Herstellung in städtisches Eigentum überführt werden.
3. Der Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch wird zugestimmt.
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem Vorhabensträger einen städtebaulichen Vertrag abzuschließen.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

7) TOP 4-032/21 Südlicher Bahnhofsbereich / Bike+Ride-Offensive - ergänzende Informationen und Zustimmung Umsetzung

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-032/21 ein.

Amtsleiter Unkel: Die Aufstellung von Einzelboxen sei aufgrund des Vorschlags in der Gemeinderatssitzung am 20. April 2021 geprüft worden.

Der Aufbau der Einzelboxen mit integrierten Ladestationen sei mit bis zu 85 Prozent ebenfalls förderfähig. Es gebe zwei Varianten für die Buchung der Einzelboxen, entweder über eine App (Variante 1) oder direkt vor Ort (Variante 2). Die Verwaltung schlage aufgrund der geringeren Unterhaltskosten Variante 2 vor.

Stadtrat Rösch spricht sich für Variante 2 aus. Er schlägt vor, sich beispielsweise über eine Umfrage ein Feedback aus der Bevölkerung zu den Fahrradboxen einzuholen.

Amtsleiter Unkel: Die Nachfrage lasse sich an Hand der Buchungen feststellen.

Stadtrat Roland Erndle favorisiert Variante 1. Variante 2 sei auch vertretbar.

Amtsleiter Unkel: Man könne sich anfangs für Variante 2 entscheiden und später umrüsten und eine App als Buchungssystem verwenden.

Fraktionssprecher Vetter: Er sei für Variante 2.

Stadtrat Kaiser bevorzugt ebenfalls Variante 2. Es sei jedoch schwer vermittelbar, 15 PKW-Stellplätze am Bahnhof (s. Beschlussvorschlag Nr. 3) kostenlos anzubieten, und für die Fahrradeinzelbox gegebenenfalls Gebühren zu erheben.

Beschluss:

1. Der Technische Ausschuss stimmt dem Bau einer zwei-stöckigen Fahrradeinzelboxenanlage (24 Stück) – mit 12 ebenerdig integrierten Ladestationen - im südlichen Bereich / Andreas-Willmann-Platz - gemäß der vorgestellten Planung zu.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

2. Als Zugangssystem soll die **Variante 1** genutzt werden. Die benötigten Finanzmittel für den laufenden Betrieb sind im Ergebnishaushalt ab 2022 einzustellen.

(4 Ja, 10 Nein, 0 Enthaltungen)

Variante 1 ist somit abgelehnt.

2. Als Zugangssystem soll die **Variante 2** genutzt werden. Die benötigten Finanzmittel für den laufenden Betrieb sind im Ergebnishaushalt ab 2022 einzustellen.

(11 Ja, 0 Nein, 3 Enthaltungen)

Variante 2 wird somit zugestimmt.

3. Der Gemeinderat stimmt dem Neubau von 15 PKW-Stellplätzen im südlichen Bereich gemäß der vorgestellten Planung zu.

(12 Ja, 2 Nein, 0 Enthaltungen)

4. Für den Haushalt 2023 werden Finanzmittel für eine Erweiterung der Fahrradeinzelboxenanlage in den Haushalt eingestellt. Der Gemeinderat entscheidet im Rahmen der Haushaltsberatungen über den Umsetzungszeitpunkt der Maßnahme.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

8) TOP 9-024/21 Winterdienst / Räumkonzept - Vorstellung und künftiges Vorgehen

Oberbürgermeister Pauly eröffnet den Tagesordnungspunkt „Winterdienst / Räumkonzept - Vorstellung und künftiges Vorgehen“.

Amtsleiter Monien führt in die Sitzungsvorlage Nr. 9-024/21 ein. Es werde zunehmend schwieriger, in allen Ortsteilen Winterdienstanbieter zu finden. Da die Pflichtaufgaben im Winterdienst – vor allem in den Ortsteilen – weiter zunehmen werden, wird die Anschaffung eines weiteren, winterdiensttauglichen LKWs für das Jahr 2022 angeregt, um die nötige Reaktionsfähigkeit gewährleisten zu können. So ein winterdiensttaugliches Fahrzeug könnte zeit-effizient eingesetzt werden.

Stadtrat Kaiser: Es sei wichtig, den Winterdienst fachgerecht aufrechtzuerhalten. Wenn es erforderlich sei, solle der Fuhrpark aufgerüstet werden.

Amtsleiter Monien (auf Nachfrage von Stadtrat Lienhard): Im vergangenen Winter sei für drei Ortsteile kein Winterdienstanbieter gefunden worden, das sei außergewöhnlich gewesen. Ein neuer winterdiensttauglicher LKW sei effizienter. Damit könne der Ausfall von Winterdienstleistungen kompensiert werden. Zudem sei das Fahrzeug auch im Sommer oder in der Übergangszeit einsatzbereit.

Herr Börnert, Leiter Technische Dienste: Hinzu komme, dass die Preise der Winterdienstanbieter von 65 Euro auf 90 Euro pro Stunde gestiegen seien. Im Ortsteil Wolterdingen sei der Winterdienst daher mit städtischen Räumfahrzeugen durchgeführt worden. Die räumliche Expansion des Stadtgebiets gepaart mit Kündigungen der bisherigen in den Ortschaften tätigen Dienstleistern, würden die Lage verschärfen.

Beschluss:

1. Der Anmeldung eines weiteren, winterdiensttauglichen LKWs für das Haushaltsjahr 2022 wird zugestimmt.
2. Der Umstand, dass niedriger priorisierte Straßen und Wege je nach Wetterlage künftig von den Freiwilligkeitsleistungen ausgenommen werden müssen, wird zur Kenntnis genommen.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

9) TOP 9-022/21 Technische Dienste - Investitionsplan (Haushalt 2022 ff.)

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 9-022/21 ein.

Amtsleiter Monien (Auf Nachfrage von Stadtrat Lienhard): Die Aufgaben der Technischen Dienste nähmen in allen Bereichen zu, wie beispielsweise in der Grünpflege und im Wegebau. Dabei werde ein hoher Standard geboten. Wenn dieser beibehalten werden solle, müsse entsprechend in den Fuhrpark der Technischen Dienste investiert werden.

Beschluss: Die Informationen zu den geplanten Investitionen im Bereich der Technischen Dienste und Winterdienst werden zur Kenntnis genommen.

10) TOP 9-023/21 VERTAGT - Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung / Anlagenbetreuung - Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen

Oberbürgermeister Pauly fragt das Gremium, ob es Widerspruch gebe, den Tagesordnungspunkt zu verschieben, da es bereits nach 22:00 Uhr sei.

Das Gremium erklärt sich damit einverstanden, es erfolgt kein Widerspruch.

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

11) TOP Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

12) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat

Standortübungsplatz Bundeswehr

Oberbürgermeister Pauly (auf Nachfrage von Stadtrat Widmann): Das Bundesverteidigungsministerium habe entschieden, dass das Vorhaben, den Bundeswehr-Standortübungsplatz in Donaueschingen in der Nähe der Nachsorgeklinik Tannheim zu erweitern, nicht mehr weiterverfolgt wird. Das habe ihm Thorsten Frei, MdB, erst kürzlich telefonisch mitgeteilt. Nun werde nach Standortalternativen gesucht.